

An die Sprecherinnen und Sprecher der Parteien von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP in folgenden Ausschüssen des Deutschen Bundestags: Auswärtiger Ausschuss, Ausschuss Digitales, Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Rechtsausschuss, Wirtschaftsausschuss, Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe  
sowie an Frau Präsidentin Karin Prien der Kultusministerkonferenz

## Erklärung

Schützen Sie unsere offene Gesellschaft vor allen feindlichen Versuchen, sie digital zu zersetzen

**In großer Sorge wenden wir uns an Sie. Wenn wir eine an freiheitlichen Werten orientierte Gesellschaft bleiben wollen, dann dürfen wir die Tatsache nicht ignorieren, dass auf unserem Planeten längst ein neuer, diesmal digital geführter Kalter Krieg ausgebrochen ist: Autoritäre oder diktatorisch regierte Staaten bzw. von ihnen beauftragte Institute versuchen, unsere Demokratie zu destabilisieren. Einerseits nehmen Hackerangriffe auf die sensibelsten Bereiche der Infrastruktur unseres Landes erschreckend zu. Was aber noch schlimmer ist: die Angreifer verschaffen sich immer erfolgreicher Zugang zum Denken und Fühlen der Bürgerinnen und Bürger, indem sie zunächst deren private Daten abschöpfen und auf dieser Basis über Social Media personalisierte Falschinformationen streuen, die kein anderes Ziel haben, als das Vertrauen in unsere politische Elite, also auch in Sie – egal, ob Sie nun mitregieren oder in der Opposition arbeiten –, zu untergraben. In einer Zeit, in der jedes ungesicherte private Smartphone zum Einfallstor für solche Attacken genutzt werden kann, muss Freiheit ganz anders verteidigt werden als im analogen Zeitalter.**

Stefan Zweig hat in seiner Autobiographie *Die Welt von Gestern* beklagt, dass seine Generation nicht nur einmal die Augen vor einer drohenden Gefahr verschlossen hat, die Europa in einen Strudel der Zerstörung riss, Millionen seiner Bürger mordete, seine Städte, Kulturen und Seelen zerstörte. Er litt am Ende seines Lebens darunter, dass es seiner Generation trotz überdeutlicher Warn-Hinweise weder gelang, den ersten Weltkrieg, noch das Emporkommen der nationalsozialistischen

Bewegung zu verhindern. In beiden Fällen beschwichtigten zu viele Politiker, Journalisten, Künstler oder sogar Pfarrer die Menschen, dass es schon nicht zum Schlimmsten kommen werde bzw. nach einer kurzen Umbruchphase eine goldene Zukunft winke.

Die meisten Europäer konnten sich vor dem 1. Weltkrieg schlicht nicht vorstellen, dass zwei Kulturnationen wie Frankreich und Deutschland ihre männliche Jugend in einem jahrelangen Grabenkrieg wie vor Verdun aufopfern und nicht einmal davor zurückschrecken würden, Giftgas zum Einsatz zu bringen. Wenige Jahre nach dem großen Morden hielten die geistigen Eliten es für unmöglich, dass der Wahnsinn, den ein österreichischer Gefreiter in *Mein Kampf* in dreister Offenheit zu Papier gebracht hatte, politisch realisiert werden könnte. Wie wir heute wissen: Ein schrecklicher Irrtum!

Heute greifen wieder entschlossene Akteure nach der Weltmacht: allen voran die KP Chinas. Das ist keine gute Nachricht. In der chinesischen Provinz Xingjiang wird dem 10-Millionen-Volk der Uiguren verboten, ihre religiösen und kulturellen Traditionen zu pflegen. 8500 ihrer Moscheen wurden seit 2017 zerstört. Ein Zehntel der Bevölkerung befindet sich jeweils rotierend in Umerziehungslagern, wo den Inhaftierten die „Liebe zur Partei“ ggf. auch gewaltsam eingeprägt wird. Wie es in chinesischen Gefängnissen zugeht, beschreibt erschreckend eindrucksvoll Liao Yiwu in seinem Roman *Für ein Lied und hundert Lieder*. An einer Stelle seines Buches listet er nicht weniger als 45 Foltermethoden auf, eine grausamer als die andere. Vier Jahre saß er im Gefängnis, weil er ein kritisches Gedicht verfasst hatte – so erklärt sich der Titel. Und außerhalb dieser Schreckenskammern tut sich seit vielen Jahren die Schere zwischen den Milliardären und den bettelarmen Wanderarbeitern immer weiter auf. Soll das etwa ein Modell für die Menschheit sein?

Zunächst haben die chinesischen Genossen ihr eigenes Land unter ihre digitale Kontrolle gebracht. Mit Überwachungstechniken, die nahezu jeden Chinesen täglich mehrfach im Visier haben, wird schon im Ansatz die Bildung einer freien Opposition verhindert: In jedem Smartphone sind die Schnittstellen einprogrammiert, auf die die Sicherheitsexperten der KP zugreifen können. 600 Millionen hochauflösende Kameras sind im öffentlichen Raum installiert. KI kann die emotionale Verfassung jedes Gesichtes ermitteln, das von einer dieser Kameras erfasst wird usw. Noch keiner Diktatur der Weltgeschichte, die dies wahrlich alle versucht haben, gelang Überwachung so perfekt wie den politisch instruierten Programmierern in der VR China. Stolz verkünden die Funktionäre der Partei allen Autokraten dieser Welt diesen „Erfolg“, wenn sie ihnen diese

Technik zum Kauf anbieten.

Aber das ist der chinesischen Führung nicht genug: Sie infiltrieren inzwischen systematisch die Kommunikationsstrukturen anderer Länder. Längst haben sie entdeckt, dass Spionage oder Verhaltenssteuerung heute nicht mehr verlangt, einen Günter Guillaume in ein Kanzleramt einzuschmuggeln. Die Spione tragen die meisten Menschen heute am Leib: ihre Smartphones. Im digitalen Zeitalter wird auf völlig neue Weise der Traum jedes Imperialisten wahr: dass die Menschen aller Kontinente nach der Pfeife eines einzigen Diktators tanzen. Willkommen im Zeitalter des *digitalen Imperialismus*.

Die weltweiten Aktivitäten der chinesischen KP unter Xi Jinping, die die Pluralität vieler diverser Kulturen und Gemeinschaften in eine von Peking aus *gesteuerte Menschheit* verwandeln sollen, sind kaum noch zu übersehen. Drei Beispiele:

- Die 5G-Technik von Huawei ermöglicht nach Einschätzung von Experten eine Überwachung sämtlicher darüber laufender Kommunikationskanäle.
- Litauische Sicherheitsexperten entdeckten in Mobiltelefonen dreier chinesischer Hersteller (Huawei, Xiaomi und OnePlus) Sicherheitslücken, die offensichtlich gezielt eingebaut wurden. In den Geräten schlummern Funktionen, die bei Bedarf freigeschaltet werden können und sich dann zur Datenspionage nutzen lassen – oder auch dazu, unerwünschte Inhalte gezielt zu sperren.
- Chinas hochauflösende Kameras werden inzwischen weltweit im öffentlichen Raum installiert, so z.B. in Sambia, das sie in seinen Großstädten an Straßenkreuzungen zum Einsatz bringt.

Selbstbewusst weisen die chinesischen Machthaber darauf hin, dass ihre Überwachungs- und Steuerungs-KI nach Anlaufschwierigkeiten perfekt funktioniert hat, um einer Epidemie Herr zu werden. Und nur so, behaupten sie, lasse sich die Klimakatastrophe abwenden, die Überbevölkerung stoppen oder die Bedrohung durch islamistische Terroristen beseitigen. Deshalb steckt Xi Jinping unermesslich viel Geld in die Weiterentwicklung von Steuerungstechnik. Sie soll der Schlüssel zur Lösung *aller* Menschheitsprobleme sein. Diesen Schlüssel will China zurechtfeilen und er soll natürlich auch im Reich der Mitte verwahrt werden. Die KP traut den Individuen nicht. Sie müssen eingeeht werden, KI soll sie steuern, damit sie nicht die großartigen Zukunftspläne der Partei sabotieren.

Deutschland ist wie die meisten Länder dieser Welt nicht gut vorbereitet auf die Verteidigung der Freiheit gegen Pekings *digitalen*

*Überwachungs-Imperialismus*. Dies hat viele Gründe, von denen uns die drei wichtigsten die folgenden zu sein scheinen:

- China ist einer unserer wichtigsten Handelspartner. Nun glauben viele Politiker, dass das Modell *Wandel durch Annäherung* dazu führen könnte, dass wir sowohl wirtschaftlich von einem intensiven Austausch profitieren als auch die Führung Chinas in der Frage der Menschenrechte zu Zugeständnissen bewegen könnten, weil sie uns als Wirtschaftspartner ja nicht verlieren will. Aber der Schwanz wedelt nicht mit dem Hund. Diese Politik ist bezüglich Chinas gescheitert. Das ist bitter. Die Unterdrückung der Freiheit ist im Reich der Mitte heute so umfassend wie seit der Kulturrevolution nicht mehr. Menschenrechtsfragen anzusprechen wird inzwischen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten brüsk zurückgewiesen.
- Der zweite Grund ist von anderer Art. In unserem Kulturkreis gibt es einen sehr alten Diskurs darüber, ob der Wille frei ist oder unfrei. Schon Martin Luther und Erasmus von Rotterdam haben heftig darüber gestritten. Auch Friedrich Nietzsche machte sich darüber lustig, dass der Europäer glaubt, die Ursache für seine Entscheidungen in sich zu finden, was der Philosoph für blanken Unsinn hielt. Im 20. Jahrhundert diffamierte der amerikanische Verhaltensforscher Burrhus Frederic Skinner den freien Willen als Störfaktor – und heute erklären uns etliche Neurowissenschaftler wie Wolf Singer, dass er eine Illusion sei. Wer nicht mit dem freien Willen des Menschen rechnet, wird sich wohl kaum dafür stark machen, Freiheit vehement zu verteidigen – und das wäre angesichts der drohenden Gefahr aus Fernost absolut vonnöten.
- Erschwerend kommt drittens hinzu, dass die Verteidigung der Freiheit wahrlich nicht das einzige Problem ist, das die Zukunft der Menschheit schwer belastet: völlig zurecht fordern viele engagierte Bürger weltweit, dass die Menschheit sehr zügig den CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Atmosphäre reduzieren müsse. Aber werden solche Aktivitäten noch möglich sein, wenn in immer mehr Ländern mit Hilfe in Peking eingekaufter Überwachungstechnik Autokraten und Kleptomanen ihre Macht ausbauen, die z.B. ganz und gar nicht gewillt sind, ihre wirtschaftlichen Pläne unter das Diktat der CO<sub>2</sub>-Reduktion zu stellen? Wie soll denn dieses Ziel erreicht werden, wenn die politische Freiheit in immer mehr Staaten eingeschränkt wird? Müssten sich nicht die Friday-for-Future-Bewegung und andere Initiativen überlegen, ob sie auch für die Bewahrung der Freiheit auf die Straße gehen? Und folglich die

*Freitage für die Zukunft* zugleich zu *Freitagen für die Freiheit* werden?

Der Begriff *digitaler Imperialismus* ist ursprünglich geprägt worden, um die Machenschaften der Internetgiganten anzuprangern, die erfolgreich versuchen, Menschen nicht nur in ihrem Konsumverhalten, sondern eben auch als Wähler durch Mikrotargeting zu manipulieren bzw. zu steuern. Deshalb richtet sich der Groll kritischer Demokraten bis heute hauptsächlich gegen diese Konzerne. Dieser Groll ist in den USA vor allem nach dem durch Social Media organisierten Sturm aufs Kapitol im Januar 2021 gewachsen.

Was sich in China entwickelt hat, ist schlimmer. Während die Europäische Union den Konzernen entschlossen entgegentreten kann, falls der Wille dazu vorhanden ist, während in den USA sogar diskutiert wird, ob man die großen Player nicht zerschlagen sollte, gibt es in China gegenwärtig keine Instanz, die den Überwachungstechnikern und deren Auftraggebern in den Arm fallen könnte.

Unter den Unterzeichnern dieses Briefes sind einige, die gegen die SED-Diktatur gekämpft haben und dafür 1989 auf die Straße gingen. Die Friedliche Revolution bereitete dem DDR-Unrechtsstaat dann ein Ende. Mit größter Sorge sehen wir, dass angesichts der heutigen technischen Überwachungsmöglichkeiten so ein demokratischer Wandel kaum noch vorstellbar ist. Wenn im 21. Jahrhundert in einem Land einmal Recht und Demokratie beseitigt sind, dann dürfte es Jahrzehnte dauern, bis diese Entwicklung wieder umgekehrt werden kann.

Die letzte Bundesregierung betrachtete es im digitalen Zeitalter als ihre vordringliche Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Autonomie des Bürgers gewahrt werde, indem kein Internetnutzer in seinen Möglichkeiten, sich Zugang zu für ihn relevanten Inhalten im Netz zu verschaffen, eingeschränkt wird, wie das in vielen autokratisch regierten Ländern der Fall ist. Andererseits soll der Bürger auch nicht daran gehindert werden, seinerseits eigene Inhalte ins Netz zu stellen – wobei nur gültige Gesetze wie das Jugendschutzgesetz oder das Verbot, zur Gewalt aufzurufen, dieses Recht einschränken. Die Bundesregierung betonte immer wieder, dass das Völkerrecht in der heutigen Form ausreiche, um diese Autonomie zu garantieren – auch gegen Angriffe von ausländischen Staaten.

Dies scheint uns das Wesen eines digitalen Imperialismus zu verkennen. Zug um Zug baut die VR China die Infrastruktur auf, mit der man aus fernen Weltgegenden auf jeden unserer Bürger bequem direkt Einfluss nehmen kann. Russland strahlte bereits in Form seines vom Kreml gesteuerten Auslandssenders RT DT (Früher: Russian Today Deutsch)

seit Dezember wider europäisches Recht sein Programm über den Eutel-Satelliten 9B aus. Sobald die Netzangebote einem strategischen Plan folgen, wird das freie Spiel der Meinungen empfindlich gestört. Letztlich sind solche Aktivitäten Angriffe auf die Souveränität unseres Landes, sind Teil eines kalten digitalen Krieges.

Dinara Toktosunova, die Geschäftsführerin der RT DE Productions GmbH, hat im April 2021 dem Sender Arte in verblüffender Offenheit bekannt: „Ich glaube, die ganze Welt befindet sich im Krieg um Informationen. Wenn Sie fragen, wo der Dritte Weltkrieg stattfindet, dann in der Informationssphäre. In diesem Zusammenhang befinden wir uns natürlich alle in diesem Krieg.“ Und die Chefredakteurin von Russian Today, Margarita Simonjan, spricht sogar bereits seit [2012 von einem Informationskrieg](#), in dem ihr Sender als Waffe eingesetzt werde.

Und die Folgen sind bereits schmerzhaft zu spüren. Ständig erfährt der Nutzer der russischen Plattform, dass die öffentlich-rechtlichen Medien angeblich die Wahrheit verdrehen und deutsche Behörden stümperhaft agieren. Jeder versteht: dieses Muster lässt sich beliebig auf verschiedene politische Themen anwenden – und jedes Mal wird das Ansehen unserer Demokratie geschwächt. Insofern ist es mehr als berechtigt, dass RT DT jetzt in Deutschland kein Fernsehprogramm mehr senden darf. Freilich wird man so noch nicht verhindern können, dass sich der Sender über Internetkanäle weiterhin Gehör verschafft.

Die letzte Bundesregierung hat in einer Antwort auf eine kleine Anfrage einiger FDP-Abgeordneten (Bundestags-Drucksache 19/29615) davon gesprochen, dass man solche Aktivitäten „beobachte“, dass sie „Positionspapiere“ verfasse, dass ihr aber die Hände gebunden seien, wenn es keine klare „Zurechenbarkeit“ des Angriffs auf unsere Souveränität gebe – was bekanntlich ein Normalzustand im Internet ist.

Wenn es weiter heißt: „Die Bundesregierung vertritt die Auffassung, dass Freiheit und Sicherheit in einer digitalisierten Welt keine Gegensätze bilden, sondern sich gegenseitig bedingen“ – dann muss der Begriff der Sicherheit neu definiert werden: ein Staat, der sich nicht gegen Desinformationskampagnen zu schützen weiß, gefährdet in unverantwortlichem Maße die Freiheit seiner Bürger, weil der Kitt brüchig wird, der die Demokratie zusammenhält: dass wir trotz aller Differenzen im Detail im Allgemeinen Vertrauen in unsere Institutionen und die politische Kaste haben.

Die Strategie Moskaus und Pekings greift an einer Stelle an, wo Demokratien leicht verwundbar sind: denn selbstverständlich ist es geradezu die Grundvoraussetzung jeder Demokratie, dass Meinungsäußerungen nicht unterbunden werden. Und was mach RT DT

anderes, als Meinungen ins Netz zu stellen? Wie will man rechtfertigen, dies zu unterbinden?

Gegenüber vordigitalen Zeiten können solche Meinungen allerdings hochgradig manipulativen Charakter bekommen. Eine ganze Sparte von Wissenschaftlern ist weltweit mit nichts anderem beschäftigt, als damit, wie man das Verhalten der Internetnutzer möglichst umfassend beeinflussen kann. Da sich diese Wissenschaftler zunehmend auch in den Dienst von Diktaturen stellen, werden die Grundvoraussetzungen der offenen Gesellschaft zerstört. Und das, weil die vorgeblichen „Meinungen“ gar keine ernsthaft gemeinten Beiträge einer ehrlichen Debatte sind, sondern von Verhaltenspsychologen entwickelte Mittel zur Verhaltensbeeinflussung. Wenn es den Demokratien nicht gelingt, dies zu unterbinden, dann werden sie die Auseinandersetzung mit den Diktaturen dieser Welt verlieren.

Es bedarf sicher einer gründlichen Debatte darüber, wie man diese Gefährdung unserer Demokratie letztlich abwehren kann. Einige Vorschläge wollen wir aber jetzt schon machen: Die politisch Verantwortlichen in unserem Lande dürfen sich nicht wie die letzte Bundesregierung auf gültige Völkerrechtsgrundsätze verlassen, die aus einer vordigitalen Zeit stammen, sie müssen deutlich mehr tun:

- **Die Bundesregierung muss in aller Entschiedenheit in Zukunft gegen die Desinformationskampagne ausländischer Internetmedien intervenieren. Es kann nicht sein, dass wir mit Politikern eines Staates Gasgeschäfte aushandeln, der gleichzeitig versucht, unsere Demokratie zu destabilisieren. Die Zersetzung unserer Demokratie ist ein zu hoher Preis dafür, dass unsere Volkswirtschaft zusätzliches Gas geliefert bekommt.**
- **Alle Verantwortlichen müssen sich in einer großen Kraftanstrengung zu einer großen Aufklärungskampagne verpflichten, in der in allen Bildungseinrichtungen die Gefahren erläutert werden, die ein digitaler Imperialismus mit sich bringt. Wer so oft von digitaler Kompetenz redet wie unsere Bildungspolitiker, dem sagen wir: hier wäre der Ort, unter Beweis zu stellen, dass man dies ernst meint. Es kann nicht dauernd nur um die technische Ausstattung unserer Schulen mit Digitaltechnik gehen. Die Jugendlichen müssen über die Gefahren aufgeklärt werden, die unserem Gemeinwesen durch destruktive Verwendung von Desinformation drohen.**

- **Alle privaten wie öffentlichen digitalen Infrastrukturinvestitionen müssen unter den Vorbehalt gestellt werden, dass sie nicht antidemokratischen Kräften die technischen Möglichkeiten bereitstellen, mit deren Hilfe man gezielt den Meinungsbildungsprozess unserer Bürger manipulieren kann, so dass am Ende das Vertrauen in unsere Demokratie ganz unauffällig untergraben wird. Dafür bedarf es einer Gesetzesinitiative, die klare rote Linien markiert.**

Entweder wir sorgen dafür, dass in unserem Lande nach wie vor freie Menschen durch freie Vereinbarungen die Zukunft gestalten. Oder dies übernimmt eine KI, die von KP-treuen Programmierern nach Pekings Gnaden die Manipulationen ins Werk setzt, die weltweit zum Einsatz kommt, um letztlich die ganze Menschheit zu steuern. In diesem Fall endet nicht nur das Zeitalter der Aufklärung, dann wird sich politische Freiheit in nichts auflösen. Und der Mensch wird zu einem anderen Wesen verkümmern.

Nach einem Selbstverständnis, das sich nach empfindlichen Rückschlägen immer wieder erneuert in unserem Kulturkreis herausgebildet hat, ist der Mensch das Lebewesen, das aus innerer Freiheit heraus handelt und auch für seine Taten verantwortlich ist, ist er ein Zoon Politicon und eben kein Sklave einer auf ihn angesetzten KI. Soll es so bleiben?

Initiatoren:

Stephan Bickhardt (Bürgerrechtler / evangelischer Theologe)

Gottfried Böhme (Philosoph)

Uwe Schwabe (Bürgerrechtler /Vorsitzender Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.)

Mitunterzeichner:

Marianne Birthler (Bürgerrechtlerin, ehemalige Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheit der ehemaligen DDR)

Prof. Rainer Eckert (Historiker)

Katrin Eigenfeld (Bürgerrechtlerin)

Martin Jankowski (Bürgerrechtler, Autor)

Basil Kerski (Director Europejske Centrum Solidarnoci)

Freya Klier (Bürgerrechtlerin, Publizistin, Regisseurin)



Markus Meckel (Bürgerrechtler, Außenminister a.D., MdB 1990-2009)

Uwe Neumärker (Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten  
Juden Europas)

Maria Nooke (Bürgerrechtlerin, Soziologin)

Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk (Historiker)

Wolfgang Templin (Bürgerrechtler, Publizist)